



Pressemitteilung

Ansbach, 02. Mai 2011

Bürgerinitiative plant Alternativveranstaltung zur „Lärmschutzkommission“ am Freitag, 06. Mai

Kritik an „Kommission ohne Transparenz und Teilhabe“: Betroffene sollen zu Wort kommen

Motto: „Die Bürger schützen, nicht den Lärm!“ - Mehr Flüge aufgrund von Truppenverlagerung?

Am kommenden Freitag, 06. Mai, tagt die sogenannte „Lärmschutzkommission“ in der US-Kaserne Katterbach. Im Gegensatz zu anderen zivilen und militärischen Flugplätzen wird diese Kommission in Ansbach erneut ohne Beteiligung der vom Fluglärm der US-Kampfhubschrauber belasteten Bürger und unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. „Eine Lärmschutzkommission ohne Transparenz und Teilhabe der Betroffenen schützt in erster Linie den Lärm und nicht die Menschen“, betonte der Vorsitzende der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“, Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer. Während in Ansbach die US-Armee Tagungen im stillen Kämmerlein ansetzt, sind die Bürger etwa an der US-Basis Mannheim in öffentlichen Sitzungen der Kommission direkt beteiligt.

Die BI „Etz langt's!“ will daher der lärmgeplagten Bevölkerung Gehör verschaffen: Im Vorfeld der Sitzung der Kommission, die um 14 Uhr beginnt, ist ab 13.30 Uhr eine Kundgebung unter dem Motto „Die Bürger schützen, nicht den Lärm!“ vor der Katterbacher Kaserne an der B 14 geplant. In diesem Rahmen sollen Menschen aus Stadt und Landkreis Ansbach sowie dem Landkreis Neustadt-Bad Windsheim an einem „Offenen Mikrofon“ zu Wort kommen und die Kundgebung somit zu einer transparenten und basisdemokratischen Alternativveranstaltung zur abgeschotteten Lärmschutzkommission werden lassen.

Derweil vermutet die BI, dass die seitens der US-Armee am 20. April angekündigte zusätzliche Lärmbelastung durch „Wartungsflüge“ eine direkte Folge der heute beginnenden Verlagerung einer „Instandsetzungskompanie“ von Mannheim nach Ansbach und Illesheim ist. Damit sinke der Wahrheitsgehalt der Aussagen des Militärs bei Bekanntwerden dieser weiteren Truppenaufstockung im vergangenen Sommer, wonach diese Verlagerung keine zusätzlichen Flüge und Belastungen für die Bevölkerung bedeute, gegen Null, stellte die BI fest.

Die teilnehmenden Bürgermeister der Region an der Kommission rief die BI dazu auf, geschlossen für eine spürbare Entlastung der Bevölkerung einzutreten. Dazu gehöre als erster Schritt nicht nur ein Nachtflugverbot und ein kategorisches Überflugverbot aller Wohngebiete, sondern auch eine dauerhafte deutliche Reduzierung der Anzahl der in Ansbach und Illesheim stationierten Kampfhubschrauber. „Das derzeitige Ausmaß der Militärpräsenz ist mit dem Ziel der Erhaltung einer lebenswerten Region absolut unvereinbar“, strich die BI abschließend heraus.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher